

1 **Antrag A6**

2 **Thema:** Kommunalpolitik an Schulen

3 **Antragsteller:** SGK-Landesvorstand

4 **Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:**

5 **Kommunalpolitische Bildung in Schulen ab der Sekundarstufe I** 6 **sowie in Berufsschulen einführen!**

7 Die NRWSPD, gemeinsam mit der SGK NRW und der SPD-Landtagsfraktion sowie weiterer
8 Bildungsträger werden aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln, das Kommunalpolitik in den
9 Lehrplänen der Schulen einen höheren Stellenwert zukommen lässt.

10 Das Konzept soll die politischen Rahmenbedingungen der unmittelbaren Lebensumwelt
11 junger Menschen und der darin wirkenden politischen Prozesse im Rahmen der kommunalen
12 Selbstverwaltung für die Betroffenen erfahrbar und erkennbar werden lassen.

13 Es soll das Ziel verfolgt werden, jungen Menschen zu vermitteln, dass ihre eigenen Lebens-
14 umstände in der Gemeinde auch das Ergebnis politischer Entscheidungen vor Ort und nicht
15 von vermeintlich objektiven Sachzwängen sind. Ziel ist es, politisches Interesse und Engage-
16 ment zu wecken.

17 Kommunalpolitik ist als Thema in den Lehrplan des Unterrichts in der Sekundarstufe I aufzu-
18 nehmen und später erneut in der Oberstufe und in der schulischen Ausbildung an Berufs-
19 schulen zu vertiefen.

20 **Begründung:**

21 Betrachtet man die Ergebnisse der großen Jugendstudien der vergangenen Jahre, so ergibt
22 sich mit Blick auf das politische Interesse und Engagement deutscher Jugendlicher ein er-
23 nüchterndes Bild. Obwohl Demokratie als Staatsform von der überwiegenden Mehrheit der
24 Jugendlichen grundsätzlich befürwortet wird, zeigen sich deutsche Jugendliche unterdurch-
25 schnittlich politisch interessiert und noch weniger politisch engagiert.

26 Um diesen Trend und der Überalterung in der Kommunalpolitik entgegenzuwirken, sollte
27 das Thema schon in der Schule konkreter als bisher behandelt werden. Bei Kindern und Ju-
28 gendliche sollen so das Interesse für Kommunalpolitik geweckt und die Grundlagen für ein
29 Politikverständnis geschaffen werden.

30 Vor Ort kann mit politischem Engagement viel erreicht und verändert werden. Erfolge wer-
31 den schneller sichtbar, als auf allen anderen politischen Ebenen. Vielen Kindern und Jugend-
32 lichen fehlt jedoch die Übersicht über den Aufbau ihrer eigenen Gemeinde und der kommunalen
33 Selbstverwaltung in Deutschland. Daher sollte das Thema im Lehrplan Politik eine grö-
34 ßere Rolle einnehmen.

35 Es muss ein Konzept erarbeitet werden, die Inhalte interessant und altersgemäß zu vermit-
36 teln. Neben den Grundlagen müssen auch die Möglichkeiten der aktiven Partizipation darge-
37 stellt werden. Bereits ab der Oberstufe - 16 Jahre - dürfen Jugendliche selbst wählen und vor

38 Ort mitentscheiden. Eine Verantwortung, auf die Schülerinnen und Schüler genauso vorbe-
39 reitet werden müssen wie auf Landtags-, Bundestags- und Europawahlen.

40 **Frühe kommunalpolitische Bildung ist unerlässlich!**

41 Auch darf politische Partizipation im Schulalltag nicht abhängig von (wenigen) engagierten
42 kommunalpolitischen Lehrerinnen und Lehrern sein. Das Wissen über politische Partizipation
43 sollte alle Schüler erreichen. Es muss daher fest im Lehrplan der Sekundarstufe I verankert
44 werden und sich altersgemäß durch die Schullaufbahn ziehen, bis hin zur Sekundarstufe II,
45 oder adäquat in der schulischen Ausbildung an Berufsschulen.

46 Um der Entwicklung entgegenzuwirken, dass vor allem männliche Jugendliche immer mehr
47 den rechten Parteien zulaufen und die Politikverdrossenheit schon im jungen Alter ansteigt,
48 kann die Motivation und das Interesse an politischem Engagement ein wichtiges Instrument
49 sein. Hier ist politische Bildung im frühen Alter ebenfalls ein wichtiger Baustein.

50 Im Lehrplan muss abgebildet werden, was gerade Kinder und Jugendliche vor Ort thematisch
51 direkt betrifft (bspw. Jugend- und Schulpolitik o.ä.) und auf kommunaler Ebene umzusetzen
52 ist. Hier sollen Themen besprochen werden, die nah am Alltag und der Lebenswelt junger
53 Menschen sind, und nicht so abstrakt wie die teilweise sehr theoretische Bundes- oder Eu-
54 ropapolitik.

55 Die Einbindung in den Lehrplan bietet viele Vorteile. Die Kinder und Jugendlichen lernen so
56 früh, die direkte Demokratie zu leben und mitzugestalten. Die Entscheidungsprozesse und
57 Abläufe können besser verstanden und eigene Wünsche, Ideen und Ziele formuliert und ein-
58 gebracht werden. Im Idealfall mündet dies dann in einem politischen Engagement vor Ort.